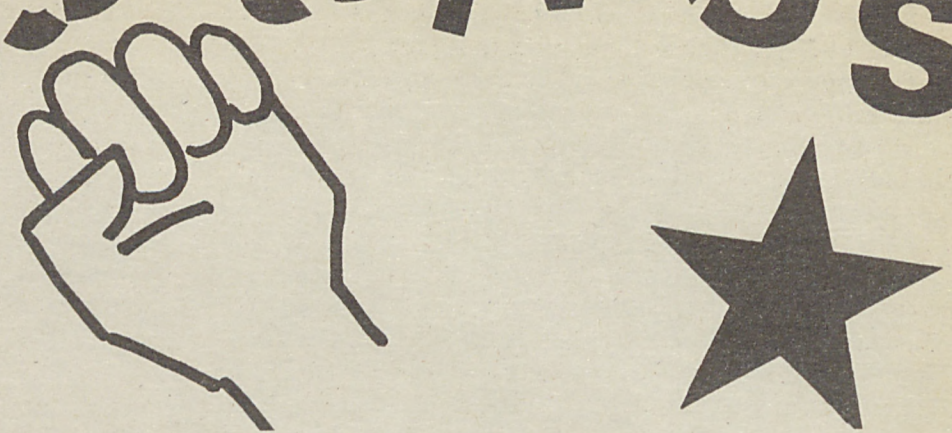


GEGEN RASSISMUS



Täglich werden Flüchtlinge und EinwanderInnen auf offener Straße, in Heimen und Unterkünften beschimpft, tätlich angegriffen und müssen um ihr Leben fürchten. Die Meldungen über Anschläge auf AusländerInnen sind nicht mehr zu zählen. Die Pogrome gegen ImmigrantInnen sind nur der weitestgehende Ausdruck einer rassistischen Gesellschaft und Wirtschaftsordnung.

Die Länder der sogenannten 'Dritten Welt' sind durch die Auswirkungen der Marktwirtschaft vollständig ruiniert. Seit Jahrhunderten plündern die westlichen Staaten die Reichtümer dieser Länder aus. Das Diktat des Marktes hat bis heute eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung dort verhindert. Elend und Hunger sind für die Mehrheit der Menschheit tägliche Realität. Überall auf der Welt halten die imperialistischen Staaten unterdrückerische Regierungen an der Macht und machen so die Verlogenheit ihres Gerede über Menschenrechte klar. Klar, daß Menschen vor diesen Zuständen fliehen. Es ist ihr gutes Recht, in die BRD zu kommen.

Auch in Deutschland erfahren die AusländerInnen Ausbeutung und soziale Unterdrückung. Politisch unterliegen sie rassistischen Sondergesetzen und einer Verwaltungspraxis, die willkürlich zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen unterscheidet. Schon im Grundgesetz wird Nicht-Deutschen das Wahlrecht, die Versammlungsfreiheit, die Vereinsfreiheit, die Freizügigkeit und die freie Berufswahl verweigert. Ausländerbehörden entscheiden täglich über die Einschränkung der Arbeits- und Aufenthaltsmöglichkeiten von ImmigrantInnen. Flüchtlinge werden in Lager gepfercht, das Verlassen von Kreis oder Stadt ist ihnen verboten. Alle AusländerInnen sind von Ausweisung und Abschiebung bedroht. Die Diskriminierung der EinwanderInnen in allen Lebensbereichen bis in die persönlichen Beziehungen hinein ist staatlich anerkannte Norm in diesem Land.

Gegen Frauen richtet sich die rassistische Unterdrückung in besonderer Weise. Die Auslän-

dergesetzgebung definiert Frauen praktisch nur über 'ihre' Männer: Seine Arbeit, sein Aufenthaltsstatus bilden die Grundlage für die Möglichkeiten der ausländischen Frau. Sie ist meistens gebunden an den Fortbestand der 'häuslichen Gemeinschaft'; will die Frau diese 'Gemeinschaft' verlassen, droht ihr die Abschiebung. Rassismus und Sexismus gehen Hand in Hand.

So wird die Gesellschaft in Menschen mehrerer Klassen gespalten und die Grundlage für ein nationalistisches, von Vorurteilen geprägtes Klima geschaffen.

Für die PolitikerInnen aller Parteien sind nicht der Rassismus und die Pogrome das Problem, sondern eine angebliche 'Überschwemmung' und 'Bedrohung' Deutschlands. Der sächsische Innenminister sprach bereits von der 'Endlösung des Asylantenproblems'. Immer das gleiche Ritual: Man bekundet tiefe Betroffenheit über die Gewalt, verurteilt dieselbe und landet nach kurzer Zeit wieder dabei, daß eigentlich doch die Opfer die Täter sind. Oder in den Worten der FAZ: 'Deutschland ist kein ausländerfeindliches, sondern ein überlastetes Land.' Die EinwanderInnen werden so als das Problem dargestellt.

Es soll 'den Deutschen' eingeredet werden, 'die Ausländer' nähmen ihnen etwas weg. Mit der andauernden Diskussion über die angebliche 'Überflutung' Deutschlands wird die Vorstellung erweckt, die ImmigrantInnen wären für soziale Probleme verantwortlich und eine staatliche Beschränkung der Einwanderung würde diese Probleme lösen.

Massenarbeitslosigkeit und Einschränkungen von Sozialleistungen gehören seit Jahren zum Alltag. Rationalisierungen zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen haben zehntausende von Arbeitsplätzen zerstört. Die Aufrechterhaltung profitabler Wirtschaftsbedingungen erfordert immer unpopulärere Maßnahmen. Für die Arbeitgeber 'unproduktive'

Kosten wie Kranken- und Sozialversorgung sollen auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden.

Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft sind die Unternehmer immer bestrebt, die Beschäftigten noch besser auszubeuten, ihnen niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Durch die rechtlose Stellung der ImmigrantInnen gelingt es leichter, die ausländischen Arbeitskräfte als Lohndrücker einzusetzen. So ist es auch möglich, deutsche und eingewanderte Lohnabhängige gegeneinander auszuspielen. So wie auch Männer und Frauen, Alte und Junge, besser und schlechter Ausgebildete, Wessis und Ossis gegeneinandergestellt werden. Diese Konkurrenz ist nur im Interesse der Herrschenden. Wir können bessere Lebensbedingungen nur durchsetzen, wenn wir gegen jegliche Diskriminierung und Unterdrückung kämpfen. Denn die Marktwirtschaft ist unfähig, die Lebensbedürfnisse der Menschen gleich welcher Nationalität zu sichern. Die in- und ausländischen Opfer der Marktwirtschaft stehen im Kampf für eine bessere Zukunft Seite an Seite.

Die Pogrome und Unterdrückung der AusländerInnen sind ein Angriff auf alle. Die Rechtlosigkeit unterdrückter und ausgebeuteter Menschen wird durch diese Politik ermöglicht und legitimiert. Wo es als selbstverständlich gilt, Flüchtlinge in Sammellager zu sperren und als Rechtlose zu behandeln, werden auch andere 'unliebsame' Gruppen leichter zu Zielscheiben der Staatsgewalt. Damit wird der Rahmen für die Repression sozialen Widerstandes durch Diffamierung, Diskriminierung und Kriminalisierung erweitert.

Der Rassismus bringt nicht nur die gesellschaftliche Erniedrigung von EinwanderInnen mit sich, sondern auch die Verurteilung jeglicher 'Besonderheit'. Jegliches Anderssein wird politisch, juristisch und moralisch ausgegrenzt, wenn es der Norm des marktgerechten und staatskonformen Untertanen widerspricht. Alle Einstellungen und Lebensformen, die dem Profitstreben entgegenstehen, werden als ge-

- **Bleiberecht für alle!**
- **Offene Grenzen!**
- **Gleiche Rechte für alle - Weg mit den Sondergesetzen gegen AusländerInnen!**

fährlich gebrandmarkt.

Diese Angriffe sind der Ausgangspunkt unseres gemeinsamen Widerstandes. Es gibt kein 'Ausländerproblem'. Unser Problem ist der gesellschaftliche als auch der institutionalisierte Rassismus in Deutschland. Deshalb lehnen wir auch alle Forderungen nach einer 'humanen' Reglementierung der ImmigrantInnen und 'menschlichen' Kontrolle der Einwanderung ab, wie sie in den Vorschlägen zu einem Einwanderungsgesetz zum Ausdruck kommen. Jegliche besondere Einschränkung von AusländerInnen geht von der falschen Behauptung aus, EinwanderInnen wären doch irgendwie ein Problem.

Der Unterteilung in deutsch und nicht-deutsch setzen wir die Perspektive des gemeinsamen Kampfes von InländerInnen und AusländerInnen entgegen. Dies kann nicht mit Appellen an die rassistische Gesellschaft erreicht werden, doch bitte schön die Unterdrückung der ImmigrantInnen ohne Haß und mit Rücksicht auf die Menschenwürde durchzuführen, sondern nur mit politischen Forderungen und einer entsprechenden Praxis, die die Gleichberechtigung ausländischer Menschen zum Inhalt haben.

Der 9. November 1938 war der Tag des staatlich organisierten Pogroms gegen die JüdInnen in Deutschland und ein entscheidender Vorbereitungsschritt auf dem Weg zur geplanten, industriellen Vernichtung des europäischen Judentums. Gleichzeitig ist der 9. November Jahrestag der Revolution von 1918, an dem der Kaiser verjagt und die sozialistische Republik ausgerufen wurde. Mit dem Pogrom von 1938 besiegelte der Faschismus die Niederlage der deutschen ArbeiterInnenklasse. Heute wissen wir, daß Pogrome wie Mauerdurchbrüche von den Herrschenden organisiert werden können. Setzen wir der rassistischen Hetze und Unterdrückung unsere Vorstellungen eines selbstbestimmten Lebens entgegen, das nicht nach Nationalität und Hautfarbe fragt!

Anti-Rassistische Koordination (ARKO)

**AUF ZUM INTERNATIONALISTISCHEN BLOCK AUF DER
DEMO AM 9.11.91. UM 10.30 h
LUISENPLATZ, DARMSTADT**